



Panzer der ehemaligen NVA (im Bundeswehrlager Löbau): „Sichtbar zerbersten oder verbiegen“

— Abrüstung —

Mit Beton ausgießen

Bonn beginnt mit der Abrüstung konventioneller Waffen – aber die westlichen Partner wollen nicht folgen.

Der Termin für das Abrüstungsspektakel steht fest. Vor Kameras und Inspektoren aus 29 Ländern will Verteidigungsminister Volker Rühe am 3. August in der Nähe von Berlin Kriegsgüter der Bundeswehr zerstören lassen.

Für die Verschrottungsschau gelten strikte Regeln. Sie sind im „Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa“ (KSE) bis ins Detail festgelegt.

So muß etwa das Kanonenrohr eines Panzers „sichtbar zerbersten oder verbogen werden“. An den Kampfflugzeugen soll der Rumpf auseinandergeschweißt, sollen die Triebwerke ausgebaut und die Treibstofftanks „mit Beton oder erhärtenden Polymer- oder Harzmassen“ ausgegossen werden.

Mit seiner Initiative will Rühe ein Zeichen setzen. Nachdem die Deutschen (West) fast vier Jahrzehnte lang

die Musterknaben der Nato-Hochrüstung waren, soll sich nun das neue, große Deutschland als Vorreiter der Abrüstung präsentieren – zunächst mit Waffen der Nationalen Volksarmee.

Insgesamt müssen die Deutschen laut KSE-Vertrag rund 10 000 Panzer, Geschütze und Flugzeuge unbrauchbar machen, deren Lagerung und Bewachung derzeit etwa eine Million Mark pro Woche verschlingen. Der Verteidigungsminister ist um jede gesparte Mark froh.

Die Eile, in der Ruhe mit dem Abrüsten Ernst macht, stößt in Bonner Amtsstuben allerdings auf Vorbehalte. Der KSE-Vertrag, argumentieren Bedenkensträger im Verteidigungs- und Außenministerium, sei noch nicht in Kraft. Strenggenommen dürfe mit der Abrüstung noch nicht begonnen werden.

Rühe hält dagegen: „Es kann doch nicht angehen, daß wir von einem Abrüstungsvertrag an der Abrüstung gehindert werden.“

Wann der KSE-Vertrag in Kraft tritt, ist ungewiß. Denn nach der feierlichen Unterzeichnung im November 1990 löste sich der Vertragspartner Sowjetunion auf. Erst Mitte vorigen Monats verständigten sich sechs Nachfolgestaaten in der GUS über die Aufteilung der Waffenarsenale, die bei der bisherigen Sowjetarmee lagern.

Noch verbreiten westliche Abrüstungsdiplomaten Zuversicht darüber, daß Rußland und die anderen aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten den Vertrag bis zum Gipfeltreffen der KSZE-Staats- und Regierungschefs am 9. und 10. Juli in Helsinki ratifizieren. Doch damit ist nicht zu rechnen.

So erfuhr Außenminister Klaus Kinkel von seinem belorussischen Kollegen Pjotr Krawtschenko beim Treffen des Nato-Kooperationsrates in Oslo, daß die Parlamentarier in Minsk vor dem KSZE-Gipfel nicht tagen werden. Bonns Botschafter Reinhart Kraus kabelte aus der belorussischen Hauptstadt, die Regierung dort scheue sich vor einer Sondersitzung des Parlaments, weil sie eine Selbstaflösung befürchte.

Rußland und die anderen GUS-Staaten lassen den KSE-Vertrag liegen, obwohl sie sich in Oslo verpflichteten, das Abrüstungserbe der ehemaligen Sowjetunion anzutreten. In westlichen Hauptstädten wächst deshalb die Sorge, in Moskau könnten jene Konservativen unter den Militärs die Ratifizierung weiter hinauszögern, die darüber Klage führen, in der Gorbatschow-Ära habe die Sowjetunion zuviel militärische Macht aufgegeben.

Probleme gibt es aber nicht nur mit dem KSE-Vertrag über die Reduzierung der Rüstung. Die Wiener Gespräche der



Uno-Soldaten in Sarajevo: „In die Knie zwingen“

Mogelei mit Blauhelmen

Bonn drängt auf Kampfeinsätze der Bundeswehr

Mit immer neuen Zusagen für internationale Militäreinsätze sucht die Bundesregierung die Öffentlichkeit, am Grundgesetz vorbei, auf eine neue Rolle Deutschlands einzustimmen. Sie erweckt damit den Eindruck, die blutigen Bürgerkriege in Europa ließen sich so gleich beenden, wenn nur die militärischen Instrumente geschaffen sind.

So redet Außenminister Klaus Kinkel leichtfertig einem Eingreifen im ehemaligen Jugoslawien das Wort („Die Serben müssen in die Knie gezwungen werden“); allerdings sollten sich die Deutschen dort „aufgrund der Geschichte“ (Kinkel) heraushalten – von den Beschränkungen der Verfassung ist keine Rede. Das Grundgesetz aber läßt eine Mitwirkung deutscher Streitkräfte an „friedenserhaltenden Maßnahmen“ unter Uno-Flagge bislang nicht zu.

Die KSZE will sich beim Gipfel übernächste Woche in Helsinki mit der Stimme Bonns als Regionalorganisation im Sinne der Uno-Charta etablieren. Der Bund der 52 Staaten verschafft sich damit die Möglichkeit zu völkerrechtlich sanktionierten militärischen Interventionen. Ebenfalls mit deutscher Unterstützung hat die Nato der KSZE Truppen für friedenssichernde Einsätze angeboten.

Auch die jüngste Zusage der Bonner, der Westeuropäischen Union „Kampfeinsätze“ für Fälle zu gestatten, „in denen die Nato nicht tätig werden kann oder will“ (Verteidi-

gungsminister Volker Rühle), kollidiert mit dem Grundgesetz. Für solche militärischen Interventionen wird in Brüssel eine „Planungszelle“ geschaffen, die an Einsatz-Szenarien für den bewaffneten Arm der künftigen Europäischen Union arbeitet.

Ebenso verfassungspolitisch fragwürdig ist das von Kohl und Frankreichs Staatschef François Mitterrand geplante gemischte Armeekorps, das auch „zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Friedens“ dienen soll – wo und gegen wen, darüber erfährt der Bundestag nichts.

Kinkel und Rühle werden diese Woche in Washington Mühe haben, den tiefsitzenden Argwohn der USA zu zerstreuen, Paris wolle per Eurokorps die Deutschen der Nato entfremden (siehe Seite 56).

Die beiden Minister drängen auf eine rasche Grundgesetzänderung, die auch deutsche Kampfeinsätze nach dem Muster des Golfkriegs ermöglichen soll. Sie präsentieren aber eine Mogelpackung: Das Parlament soll weltweiten Kampfeinsätzen zustimmen, während die Regierung scheinheilig zusichert, deutsche Soldaten vorerst nur zu Blauhelm-Aktionen der Uno abzukommandieren.

Dieses Doppelspiel will die SPD nicht mitmachen. Sie schlug letzte Woche eine Verfassungsänderung vor, die deutsche Kampfeinsätze weiter verhindert und ausschließlich Blauhelm-Aktionen zuläßt.

einstigen Blockgegner schleppen sich mühsam zu einer Vereinbarung dahin, in der als Ergänzung zum KSE-Vertrag Obergrenzen für die Mannschaftsstärken der Streitkräfte in Europa festgelegt werden sollen.

Das im Diplomatenjargon „Wien I a“ genannte Abkommen soll ebenfalls bis zum Helsinki-Gipfel unterschriftsreif sein. Anfang Juni verständigten sich die Unterhändler, welche Truppenarten bei den künftigen Höchststärken erfaßt werden sollen. Erleichtert meldete Bonns Chefdelegierter Rüdiger Hartmann einen „gewissen Durchbruch“.

Mit dem Argument, Rußland müsse der Weltmacht USA ebenbürtig bleiben, hatten sich Moskaus Unterhändler lange geweigert, die Mannschaften der Luftabwehr, der Fernbomber und der Transportgeschwader mitzählen zu lassen. Damit wären Zehntausende russischer Soldaten von einer Truppenreduzierung nicht erfaßt worden.

Die von den Russen verlangte Gegenleistung ist für Bonns Hartmann ein „fairer Deal“ – und der fällt dem Westen nicht schwer: Die GUS-Staaten dürfen sich für die Übermittlung überprüfbarer Daten über Stationierungsorte und Stärken der dazugehörigen Einheiten mehr Zeit nehmen.

Ein Bonner Abrüstungsdiplomate äußert Verständnis: „Die wissen doch bei dem ganzen Durcheinander gar nicht, wer wo mit welchen Waffen steht.“

Noch ist offen, welche Truppenstärken die 29 Staaten der Nato und des zerfallenen Warschauer Paktes für sich in Anspruch nehmen wollen. Nur die Bundesrepublik hat sich im „Zwei plus Vier“-Vertrag vor der Einheit völkerrechtlich verbindlich festgelegt. Die gesamten deutschen Streitkräfte werden von einst rund 600 000 Mann bis Ende 1994 auf 370 000 vermindert.

Enttäuscht registrieren die Bonner Abrüstungsexperten, daß die Partner in der Westallianz ihre Streitkräfte in Europa nur geringfügig unter die Mannschaftsstärken des Kalten Krieges senken wollen.

So haben die USA zwar angekündigt, ihre Soldaten in Europa von ehemals rund 300 000 auf etwa 150 000 Mann zu verringern. In dem Wiener Abkommen aber will sich Washington das Recht verbriefen lassen, bis zu 250 000 Mann in Europa stationieren zu dürfen, die meisten davon in Deutschland.

Wie die Amerikaner beharren auch Briten und Franzosen auf nahezu unveränderten Höchststärken. So will die Regierung in Paris ihre jetzt 370 000 Mann starke Streitmacht allenfalls um 30 000 bis 40 000 Soldaten verkleinern.

Da schwingt alte Großmacht-Herrlichkeit mit. Die Unterhändler der ehemaligen Alliierten machen in den Wiener Verhandlungen geltend, Frankreich und Großbritannien könnten wegen ih-

rer weltweiten Verpflichtungen außerhalb des Nato-Vertragsgebietes keine kräftigen Einschnitte hinnehmen.

Schon fürchten Bonner Spitzenmilitärs, am Ende stehe die Bundesrepublik mit ihren Vorleistungen allein. Dafür aber unter strikter Kontrolle. Denn in

den ersten vier Monaten nach Inkrafttreten des KSE-Vertrages dürfen bis zu 180 Inspektionsteams der Vertragspartner in deutschen Kasernen Waffen nachzählen. So viele Kontrollen muß nicht einmal das große Rußland über sich ergehen lassen.

„Ein unheilverkündendes Vorzeichen für Amerika“

Zündstoff in der Nato: Der Plan von Präsident François Mitterrand und Kanzler Helmut Kohl, ein deutsch-französisches Armeekorps aufzubauen, hat einen anhaltenden Disput in der Allianz ausgelöst. Über die Bedenken der USA schreibt Caspar Weinberger, 74, unter Ronald Reagan fast sieben Jahre lang amerikanischer Verteidigungsminister, in einem Beitrag für den SPIEGEL.

Die Pläne für ein deutsch-französisches Armeekorps haben unter sicherheits- und außenpolitischen Experten in Amerika beträchtliche Besorgnis ausgelöst – aus verständlichem Grund. Anfangs richtete sich ein großer Teil der Bedenken auf die befürchteten Auswirkungen dieser 30 000-Mann-Truppe auf die Nato. Auf längere Sicht stehen wir allerdings vor der ersten Frage, ob wir es hier nicht mit einem ersten Schritt zu tun haben, der die USA von Europa abkoppeln soll.

Den Westen zu spalten, die Alte Welt von der Neuen zu trennen, war während des Kalten Kriegs eines der wichtigsten Ziele der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik. Es wäre schon eine Ironie der Geschichte, wenn nun, da der Sowjetstaat zusammengebrochen ist, sein Geist das lang ersehnte Ziel doch noch erreichen würde. Seit der Aufnahme in das westliche Bündnis hat Deutschland die Nato energisch unterstützt und in erheblichem Umfang

Streitkräfte sowie militärische Fähigkeiten bereitgestellt. Frankreich dagegen kündigte die militärische Zusammenarbeit 1966 auf – vor allem, weil Paris die Vorherrschaft Amerikas in der europäischen Verteidigungspolitik und den eigenen Bedeutungsverlust fürchtete (auch wenn die Franzosen das nie so klar gesagt haben).

Wenn nun eine neue europäische Verteidigungsgemeinschaft ohne nordamerikanische Beteiligung aufgebaut werden sollte, muß das die Nato schwächen; daran führt kein Weg vorbei. Im besten Fall bleibt im dunkeln, wozu dieses neue deutsch-französische Korps eigentlich gut sein soll. Gewiß könnte eine unabhängige Einheit von 30 000 Soldaten für kleine Friedensmissionen oder ähnliche Aufgaben eingesetzt werden. Aber für die Verteidigung Europas wäre eine solche Truppe niemals ausschlaggebend. Dazu blieben noch immer Streitkräfte vom Umfang der Nato notwendig.



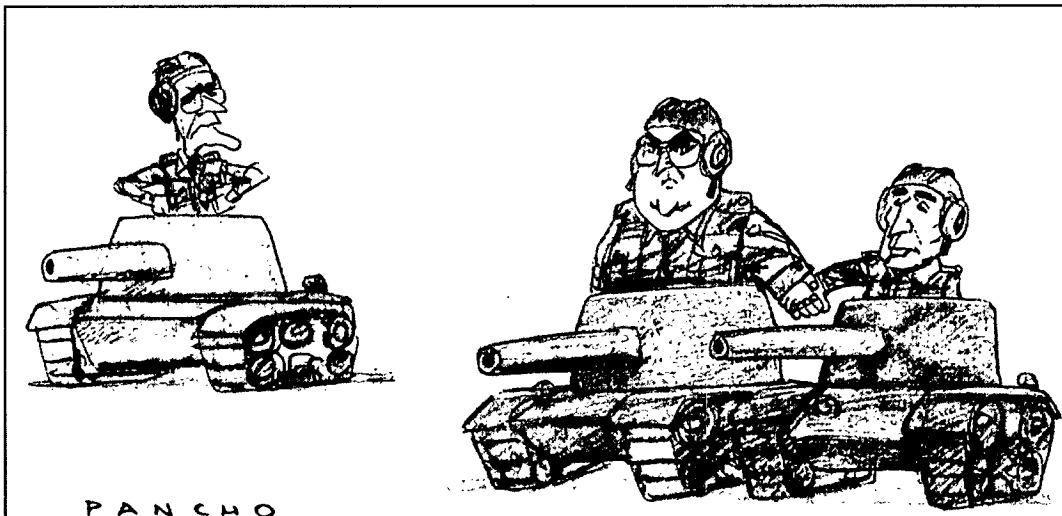
Wehrexperte Weinberger
„Bonner Beitrag wird verwässert“

Der Versuch der deutschen Regierung, die Sorgen in der Nato über den Zweck des Unternehmens zu entkräften, hat die Zweifel nur noch verstärkt. Bonn erklärte, daß sein Beitrag zu dem neuen Korps aus Truppen bestehen wird, die bereits der Nato zugeordnet sind. Da das Korps nicht von der Nato befehligt und kontrolliert wird, da es auch nicht unbedingt für Nato-Zwecke eingesetzt wird, kann das nur heißen: Der Bonner Beitrag zur Nato wird verwässert – und das zu einem Zeitpunkt, wo es für das Bündnis besonders schwierig ist, seine Stärke zu bewahren.

Mich befremdet, daß ausgerechnet im Augenblick des größten Triumphs der Nato zu viele Menschen anzunehmen scheinen, die Allianz werde nicht länger gebraucht. Es ist leicht – aber auch höchst gefährlich –, zu vergessen, daß die Nato eines der erfolgreichsten Bündnisse in der Weltgeschichte ist. Immer ist die Nato weit mehr gewesen als ein

bloßes Sammelsurium von Truppen und Waffen aus verschiedenen Ländern. Die Nato-Mitglieder haben gemeinsam geplant, geübt und sich 40 Jahre lang auf den Ernstfall vorbereitet, der vor allem wegen der Einigkeit und Stärke des Bündnisses nie eintrat.

Die USA und Kanada haben zu diesem Kraftakt ebenso beigetragen wie alle anderen Nato-Staaten auch – Frankreich ausgenommen. Zwar haben viele französische Militärführer eng mit der



Le Monde